

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land)

## **Änderungsantrag zu WP-01-K3**

### **Von Zeile 299 bis 300:**

Instrumente wie das sogenannte Quick-Freeze zur Verfolgung von Straftaten. Anlasslose Vorratsdatenspeicherung ~~[Leerzeichen]~~, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen oder das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ)

und Chatkontrolle ~~lehnen wir ab~~ wird es mit einer Regierung mit grüner Beteiligung nicht geben.

## **Begründung**

Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ sind auch weiterhin abzulehnen (wie im Bundestagswahlprogramm 2021 und im Grundsatzprogramm beschlossen). Die vermeintliche Sicherheit, die durch diese Maßnahmen gewonnen werden soll, wird allein schon dadurch konterkariert, dass hier Sicherheitslücken bewusst genutzt und offen gehalten, wenn nicht gar geschaffen werden. Diese Sicherheitslücken können dann natürlich auch von anderen Akteur\*innen genutzt werden (bspw. Organisierte Kriminalität oder Spionage), was ein Sicherheitsrisiko für uns alle bedeutet. Hier muss auch eine klare rote Linie gezogen werden, um Bürger\*innenrechte in Deutschland hochzuhalten.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); Manfred Ursprung (KV Kitzingen); Angela Büttner (KV München); Lilli Grosch (KV Würzburg-Stadt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Patric Lenhart (KV Bonn); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Mirjam Michel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Vivien Bohm (KV Berlin-Mitte); Daniel Mareyen (KV Passau-Stadt); Jasper Hahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christoph Behnke (KV Stade); Jasper Robeck (KV Erfurt); Victoria Broßart (KV Rosenheim); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.